



## Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD**

### **Ausbildungsplätze in Bayern retten II – Berufsberatung und -vermittlung trotz Pandemie sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, junge Menschen bei der Gestaltung ihrer beruflichen Zukunft bestmöglich zu unterstützen und über die Vielzahl und Möglichkeiten am Ausbildungsmarkt aufzuklären. Dies bedeutet insbesondere die Berufsberatung im schulischen und außerschulischen Bereich bayernweit sicherzustellen.

#### **Begründung:**

Der Rückgang von abgeschlossenen Ausbildungsplätzen ist laut Bundesagentur für Arbeit weniger den wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie geschuldet, als vielmehr der Absage von Messen, Azubibörsen und Praktika. Auch gegenüber dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gaben 33 Prozent der Unternehmen an, im nächsten Jahr weniger auszubilden, da die Rekrutierung von Personal derzeit schwierig sei und nannten auch hier als Gründe die Absage von Ausbildungsmessen in persona oder Praktika.

Viele wichtige Begegnungen und Möglichkeiten, sich gegenseitig kennenzulernen, fallen derzeit weg. Dies macht es für junge Menschen schwer, sich über Karrierewege zu informieren und in Berufsbilder und Betriebe „reinzuschnuppern“. Gleichzeitig ist es für Unternehmen schwierig, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund warnt davor, dass insbesondere Bewerberinnen und Bewerber mit niedrigem Schulabschluss drohen, zu Verlierern der Krise zu werden. Doch auch unter Abiturientinnen und Abiturienten sind die Sorgen groß. Laut einer Studie des IAB sorgten sich 41 Prozent der Befragten um ihre berufliche Zukunft.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Berufsberatung und -vermittlung trotz Krise aufrechtzuerhalten. Sie muss darauf hinwirken, dass Schülerinnen und Schüler auch weiterhin attraktive Möglichkeiten haben, sich über ihre berufliche Zukunft zu informieren. Gleichzeitig gilt es, Betriebe bei der Rekrutierung von Nachwuchs zu unterstützen. Hierfür braucht es niedrigschwellige, kreative und zugleich nachhaltige Angebote.